

Niederschrift



Sitzung des **Rates** der Stadt Bornheim am Donnerstag, **02.10.2014**, 18:00 Uhr, in der Aula der Europaschule Bornheim, Goethestraße 1, 53332 Bornheim

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	55/2014
Rat Nr.	7/2014

Anwesende

Bürgermeister

Henseler, Wolfgang SPD

Mitglieder

Aharchi, Loubna	SPD-Fraktion	
Bandel, Helga	CDU-Fraktion	
Borodichin, Jewgenia	CDU-Fraktion	
Breuer, Paul	Fraktion ABB	
Feldenkirchen, Else	UWG/Forum-Fraktion	
Feldenkirchen, Hans Gerd	UWG/Forum-Fraktion	
Freyneck, Jörn	FDP-Fraktion	
Gesell, Andrea	Bündnis90/Grüne	ab TOP 7 tw.
Günther, Jann	SPD-Fraktion	
Hanft, Wilfried	SPD-Fraktion	
Hayer, Sebastian	CDU-Fraktion	
Heller, Petra	CDU-Fraktion	
Heßling, Günter	CDU-Fraktion	
Hochgartz, Markus	Bündnis 90/Grüne-Fraktion	ab TOP 5 tw.
Jaritz, Karin	SPD-Fraktion	
Kabon, Matthias	FDP-Fraktion	
Keils, Ewald	CDU-Fraktion	
Kleinekathöfer, Ute	SPD-Fraktion	
Koch, Christian	FDP-Fraktion	
Kretschmer, Gabriele	CDU-Fraktion	
Krüger, Frank W.	SPD-Fraktion	
Krüger, Ute	SPD-Fraktion	
Lamprichs, Holger	CDU-Fraktion	
Lehmann, Michael	DIE LINKE	
Marx, Bernd	CDU-Fraktion	
Montenarh, Stefan	CDU-Fraktion	
Müller, Heinz	UWG/Forum-Fraktion	
Müller, Marc	CDU-Fraktion	
Oster, Thomas	CDU-Fraktion	
Prinz, Rüdiger	CDU-Fraktion	
Quadt-Herte, Manfred	Bündnis90/Grüne	nach Eröffnung
Roitzheim, Frank	SPD-Fraktion	bis TOP 17
Schmitz, Heinz Joachim	UWG/Forum-Fraktion	
Schulz, Heinz-Peter	DIE LINKE	
Schwarz, Wolfgang	CDU-Fraktion	
Söllheim, Michael	CDU-Fraktion	
Stadler, Harald	SPD-Fraktion	
Strauff, Bernhard	CDU-Fraktion	

Stüsser, Peter	CDU-Fraktion
Tourné, Peter Dr.	SPD-Fraktion
Velten, Konrad	CDU-Fraktion
Voigt, Philipp	SPD-Fraktion
Wehrend, Lutz	CDU-Fraktion
Weiler, Jürgen	Fraktion ABB
Wirtz, Hans-Dieter	CDU-Fraktion
Züge, Rainer	SPD-Fraktion

bis TOP 18

Verwaltungsvertreter

Brühl, Gerhard
 Cugaly, Ralf Kämmerer
 Schier, Manfred Erster Beigeordneter
 Schnapka, Markus Beigeordneter
 Schumann, Rainer

Schriftführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Koch, Maria - Charlotte	Bündnis90/Grüne
Kuhn, Arnd Jürgen Dr.	Bündnis90/Grüne

T a g e s o r d n u n g

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 38/2014 vom 02.07.2014	
4	Bebauungsplan Me 15.3; Offenlagebeschluss	128/2014-7
5	Anordnung einer Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes Me 16 in der Ortschaft Merten	490/2014-7
6	Bornheimer Erklärung für Respekt, Akzeptanz und Toleranz	566/2014-5
7	Vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen	513/2014-5
8	Weiterentwicklung der Bornheimer Verbundschule am Schulstandort Uedorf	547/2014-4
9	Bestätigung des Gesamtabchlusses 2011	556/2014-2
10	Zustimmung zu Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen im Haushaltsjahr 2013	454/2014-2
11	Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2013, Beschluss über die Behandlung des Jahresfehlbetrages und Entlastung des Bürgermeisters	568/2014-2
12	Sachstandsbericht zur Umsetzung der Konzessionierungsentscheidungen Strom und Gas sowie zur Umsetzung eines Energievertriebskonzeptes in einer Stadtwerkeorganisation	570/2014-2
13	Wasserversorgung im Stadtgebiet	577/2014-BM
14	Antrag der FDP-Fraktion vom 25.08.2014 betr. Alternativen in Beschlussentwürfen	587/2014-1
15	Mitteilung betr. Verkehrsführung und Umbau der Königstraße in Bornheim	551/2014-9
16	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
17	Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.08.2014 betr. Sachstand zum Ausbau des Breitbandnetzes in der Stadt Bornheim	554/2014-1

18	Anfragen mündlich	
----	-------------------	--

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

Bürgermeister Wolfgang Henseler eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Rat beschlussfähig ist.

RM Breuer stellt für die Fraktion ABB den Geschäftsordnungsantrag, die Tagesordnung wegen Dringlichkeit um den Tagesordnungspunkt „Straßenausbau Königstraße“ zu erweitern.

RM Freynick spricht für den Antrag.

RM Hanft spricht gegen den Antrag.

Der Geschäftsordnungsantrag des RM Breuer wird mit einem Stimmenverhältnis von

05 Stimmen für den Antrag (FDP, ABB)

19 Stimmen gegen den Antrag (SPD, B90/Die Grünen, UWG, LINKE)

20 Stimmenthaltungen (CDU)

abgelehnt.

RM Heller erklärt zum Abstimmungsverhalten, dass die CDU-Fraktion auch weiterhin für die Zweibahnlösung ist, und soll nicht heißen, dass man das Ziel nicht weiter verfolgen will, sondern man kapituliert an den Fakten, die jeden Tag geschaffen werden und man weiß genau, wenn das Thema heute nochmals debattiert würde, würde es der Bürgermeister beanstanden und der Rat würde dann in der Novembersitzung über die Beanstandung beschließen, woraufhin der Vorgang zur Kommunalaufsicht gehen würde, was bedeuten würde, dass vor Dezember/Januar keine Beschlussfassung getroffen werden würde, über den Rückbau der Königstraße. Im Januar ist die Königstraße bis zur Pohlhausenstraße ausgebaut und die CDU-Fraktion kann es nicht verantworten, die daraus resultierenden Kosten den Bürgern in Rechnung zu stellen, weshalb man sich enthalten hat, rein aus Vernunftgründen, nicht weil man von dem Konzept Einbahnstraße überzeugt ist.

RM Freynick stellt für die FDP-Fraktion den Geschäftsordnungsantrag die Tagesordnung wegen Dringlichkeit um den Tagesordnungspunkt „Straßenausbau Königstraße“ zu erweitern.

Der Geschäftsordnungsantrag des RM Freynick wird mit einem Stimmenverhältnis von

06 Stimmen für den Antrag (FDP, ABB, CDU tw.)

19 Stimmen gegen den Antrag (SPD, B90/Die Grünen, UWG, LINKE)

19 Stimmenthaltungen (CDU tw.)

abgelehnt.

RM Söllheim erklärt zum Abstimmungsverhalten, dass die CDU-Fraktion bereit wäre weitere Gespräche in einem Dialog zu führen, aber da der Bürgermeister heute im General-Anzeiger gesagt hat, dass ein moderierter Dialog nicht sinnvoll gewesen wäre und auf Grund dieser Äußerung kein weiterer Sinn gesehen wird, dass ein Gespräch geführt wird, hat sich die CDU-Fraktion enthalten, was ausschließlich mit dem Verhalten des Bürgermeisters zu begründen ist.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:

TOP 1 – 18.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die gestellten Einwohnerfragen und die Antworten sind als Anlage der Niederschrift beige-fügt.

Anlagen siehe Seiten 12-13

3	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 38/2014 vom 02.07.2014	
----------	--	--

Der Rat erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 38/2014 vom 02.07.2014 keine Einwände.

4	Bebauungsplan Me 15.3; Offenlagebeschluss	128/2014-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. das Plangebiet gemäß vorliegendem Planentwurf auf die neuen Plangebietsgrenzen zu reduzieren,
2. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Me 15.3 einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -

5	Anordnung einer Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes Me 16 in der Ortschaft Merten	490/2014-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung folgende Satzung:

Satzung der Stadt Bornheim vom über die Anordnung einer Veränderungssperre in der Ortschaft Merten (Bebauungsplan Me 16)

Aufgrund der §§ 14, 16 und 17 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414)) in der derzeit geltenden Fassung und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung (GO) für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666/SGV.NRW.2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW S.878) hat der Rat der Stadt Bornheim in seiner Sitzung am 02.10.2014 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Für das im § 2 bezeichnete Gebiet in der Ortschaft Merten hat der Rat der Stadt Bornheim am 13.08.2013 die Aufstellung des Bebauungsplanes Me 16 beschlossen.
Zur Sicherung dieser Planung wird für den künftigen Planbereich eine Veränderungssperre beschlossen.

§ 2

Der von der Veränderungssperre betroffene Planbereich wird im Wesentlichen im Nordwesten durch die Bebauung an der Beethovenstraße, im Nordosten durch die Bebauung an der Bonn-Brühler-Straße (L 183), im Südosten durch den Mühlenbach und im Südwesten durch die Bebauung an der Offenbachstraße begrenzt .

Auf die beiliegende Karte, die Bestandteil dieser Satzung ist, wird verwiesen.

§ 3

1. Im Gebiet der Veränderungssperre dürfen

- a) Vorhaben im Sinne des § 29 Baugesetzbuch nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
- b) erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigespflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

2. Von der Veränderungssperre kann die Baugenehmigungsbehörde eine Ausnahme zulassen, wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

3. Von der Veränderungssperre werden nicht berührt:

- a) Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind,
- b) Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen
- c) Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung.

§ 4

1. Die Veränderungssperre tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

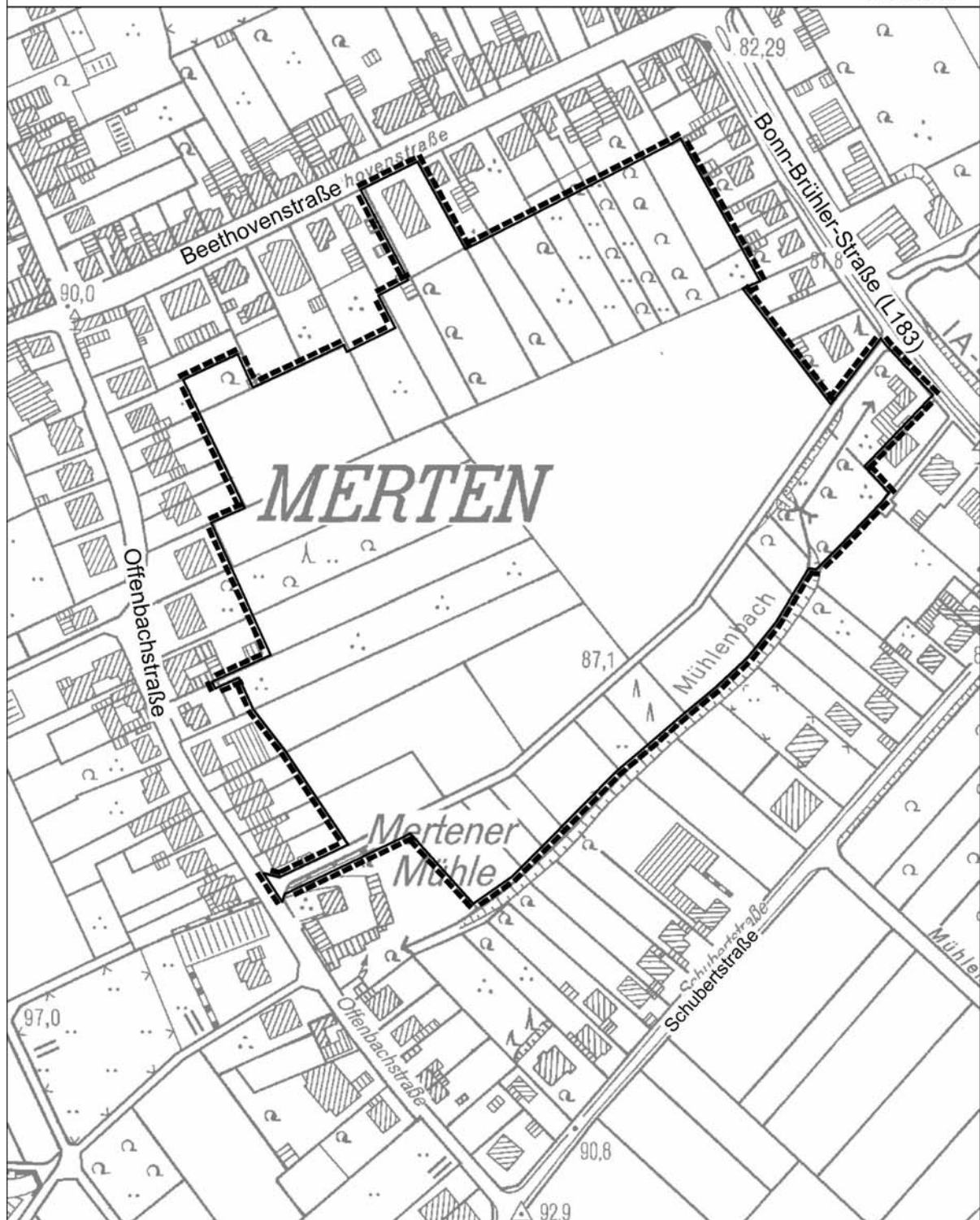
2. Sie tritt mit der Bekanntmachung des beschlossenen Bebauungsplanes - spätestens nach Ablauf von zwei Jahren - außer Kraft.

Übersichtskarte zum Bebauungsplan Me 16

in der Ortschaft Merten



Stand: 27.06.2013



Geobasisdaten:
Landesvermessungsamt NRW, Bonn, 2164/2007

0 50 100
Meter

 Abgrenzung des Geltungsbereiches

- Einstimmig -
(ohne Mitwirkung der RM Else und Hans Gerd Feldenkirchen gem. § 31 GO)

6	Bornheimer Erklärung für Respekt, Akzeptanz und Toleranz	566/2014-5
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt die Bornheimer Erklärung zu Respekt, Akzeptanz und Toleranz.

- Einstimmig -

7	Vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen	513/2014-5
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. die Grundstücke Bornheim, Sechter Weg und Hersel, Simon-Arzt-Straße für die Bebauung mit Wohncontainern zur Unterbringung von maximal 20 Flüchtlingen festzulegen,
2. mit dem Eigentümer der Liegenschaft Simon-Arzt-Straße einen Pachtvertrag zu diesem Zweck abzuschließen,
3. die sofortige Errichtung und Finanzierung der Wohncontainer für 3 Jahre,
4. empfiehlt dem Bürgermeister weitere mögliche Standorte in Zusammenarbeit mit den Ortsvorstehern auszuloten, ein Standortkonzept zu entwickeln und vorzustellen.

- Einstimmig -

8	Weiterentwicklung der Bornheimer Verbundschule am Schulstandort Uedorf	547/2014-4
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beauftragt den Bürgermeister,

1. auf eine Zusammenlegung der beiden Förderschulen / Verbundschulen in Bornheim (Hauptstandort) und Königswinter (Teilstandort) in Schulträgerschaft der Stadt Bornheim hinzuwirken,
2. ein schulisches Konzept mit den beiden Förderschulen / Verbundschulen abzustimmen.

Der Rat stimmt der in der Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Königswinter und der Stadt Bornheim zu.

- Einstimmig -

(ohne Mitwirkung des RM Quadt-Herte gem. § 31 GO)

9	Bestätigung des Gesamtabchlusses 2011	556/2014-2
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat

1. bestätigt den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Gesamtabschluss 2011 gemäß § 116 Abs. 1 Satz 3 GO NRW,
2. beschließt, den Gesamtjahresfehlbetrag 2011 in Höhe von 10.183.923 Euro aus dem Eigenkapital zu decken,
3. erteilt dem Bürgermeister gemäß § 116 Absatz 1 i.V.m. § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW die Entlastung.

- Einstimmig -

10	Zustimmung zu Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen im Haushaltsjahr 2013	454/2014-2
-----------	--	-------------------

Beschluss:

1. Der Rat stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, innerhalb der Produktgruppe 1.01.15 – Gebäudewirtschaft – in Höhe von 490.000,00 €, betreffend das Haushaltsjahr 2013 zu.
2. nimmt die Änderungen der Deckung aus den Anträgen für außer- und überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Bereich Gebäudewirtschaft (Vorlage: 610/2013-6) und Schülerbeförderung (Vorlage: 617/2013-4) zur Kenntnis.

- Einstimmig -

11	Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2013, Beschluss über die Behandlung des Jahresfehlbetrages und Entlastung des Bürgermeisters	568/2014-2
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat

1. stellt den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013 der Stadt Bornheim gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 GO NRW fest,
2. beschließt, den Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 2013 in Höhe von 7.314.267,22 Euro durch Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage zu decken,
3. erteilt dem Bürgermeister gemäß § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW die Entlastung.

- Einstimmig -

12	Sachstandsbericht zur Umsetzung der Konzessionierungsentscheidungen Strom und Gas sowie zur Umsetzung eines Energievertriebskonzeptes in einer Stadtwerkeorganisation	570/2014-2
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat nimmt den Sachstandsbericht zur Umsetzung der Konzessionierungsentscheidungen Strom und Gas sowie zur Umsetzung eines Energievertriebskonzeptes in einer Stadtwerkeorganisation zur Kenntnis.

- Einstimmig -

13	Wasserversorgung im Stadtgebiet	577/2014-BM
-----------	--	--------------------

Beschluss:

Der Rat

1. beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion, dem sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion ABB angeschlossen haben, das bestehende Angebot des Wahnbachtalsperrenverbandes zu den dort genannten Konditionen anzunehmen, damit zeitnah eine Versorgung erfolgen kann und
2. beauftragt den Bürgermeister, alle notwendigen Schritte dazu einzuleiten.

Abstimmungsergebnis

- 25 Stimme/n für den Beschluss (CDU, B90/Grüne, ABB)
22 Stimme/n gegen den Beschluss (SPD, FDP, UWG, LINKE, BM)

14	Antrag der FDP-Fraktion vom 25.08.2014 betr. Alternativen in Beschlussentwürfen	587/2014-1
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat bittet den Bürgermeister, bei allen Beschlussvorlagen für den Rat oder einen seiner Ausschüsse im Sachverhalt explizit darzustellen, welche Alternativen zum durch den Bürgermeister vorgeschlagenen Beschluss bestehen und welche Konsequenzen ein alternativer Beschluss hätte.

- Einstimmig -

15	Mitteilung betr. Verkehrsführung und Umbau der Königstraße in Bornheim	551/2014-9
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen

RM Söllheim

1. Kann heute eine Antwort zur Frage bezüglich des Radfahrweges in dem Ausschnitt gegeben werden?

Antwort:

Zur Radwegeplanung wird auf den beschlossenen Ausbauentwurf zur Königstraße verwiesen. Hier ist vorgesehen, einen Fahrradverkehr sowohl in Richtung der Einbahnstraße als auch gegen die Einbahnstraße zu ermöglichen.

2. Es gibt keinen separaten Fahrradweg?

Antwort:

Einen separaten abgesetzten Fahrradweg von der Fahrbahn gibt es nicht.

RM Weiler

1. Warum wird die Stellungnahme des Ingenieurbüros Becker nochmals als Grundlage der Vorlage beigelegt?

Antwort:

Weil dies so vom Rat beschlossen wurde.

2. Verstehe ich das richtig, dass jetzt ganz bewusst falsche Zahlen gegeben werden?

Antwort:

Nein, es werden richtige Zahlen gegeben. Der Bürgermeister versteht nicht, warum es andere Zahlen geben kann.

RM Breuer

Hat der Bürgermeister wirklich das Gutachten von dem Sachverständigen Ottensmann und die daraufhin erfolgte Würdigung durch die Rechtsanwälte Redeker gelesen?

Antwort:

Ja, auch wurden das Ingenieurbüro und die Juristen nochmals gebeten, sich die Unterlagen anzusehen. Es gibt einen Brief der Bezirksregierung, der sehr klar und eindeutig ist, und man hat das Gefühl, dass dies bei der Stellungnahme der Rechtsanwälte Redeker nicht berücksichtigt wurde.

RM Quadt-Herte

Kann der Bürgermeister sagen, warum das Gutachten, welches die Fraktion ABB und die CDU-Fraktion vorgelegt haben und die Stellungnahme der Anwaltskanzlei Redeker richtiger sein soll als das, was der Bürgermeister vorgelegt hat?

Antwort:

Der Bürgermeister kann das nicht nachvollziehen.

16	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
-----------	---	--

Keine.

17	Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.08.2014 betr. Sachstand zum Ausbau des Breitbandnetzes in der Stadt Bornheim	554/2014-1
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen

RM Hanft

1. Muss der Kooperationsvertrag der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt werden?

Antwort:

Die Kommunalaufsicht wurde beteiligt, um die Frage der Kooperationsvereinbarung von dieser Seite abzuklären. Bei der Satzungsänderung wird die Kommunalaufsicht auch beteiligt.

2. Welche Zeiträume legt die Stadt als Amortisierung zu Grund?

Antwort:

Die Stadt kann längere Zeiträume zu Grunde legen, als dies beispielsweise ein großer Telekommunikationsanbieter machen würde. Es wird ein Amortisierungszeitraum von 10-15 Jahren prognostiziert.

18	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

RM Söllheim

Wie ist der aktuelle Sachstand Rettungswache Bornheim?

Antwort:

Der Rhein-Sieg-Kreis übernimmt derzeit die Prüfung der Standortvorschläge, die aus Bornheim kommen. Es gibt einen priorisierten Standortvorschlag. Es ist noch kein abschließendes Ergebnis erreicht worden.

Es wurde in einem Gespräch beim Empfang des neuen Landrates nochmals eine Abstimmung vorgenommen, um das Verständnis beider Seiten für die erforderliche Standortabwägung zu harmonisieren.

RM Hochgartz betr. KIGA Bornheim

Kann eine Analyse speziell für die Kindertagesstätte Rathausstraße vorgenommen werden, weil die Personalfluktuationsrate dort sehr hoch ist?

Antwort:

Man ist betroffen von der Situation, die mittlerweile in 4 Einrichtungen vorliegt.

Die Stellen wurden alle ausgeschrieben. Es gelingt leider nicht, diese alle zeitnah zu besetzen. Einige Maßnahmen wurden verabredet, die den Zeitraum zwischen Ausschreibung und Besetzung reduzieren. Es wurde eine Zeitarbeitsfirma eingeschaltet, die die größten Härten ausgleichen, aber ständige Fachkräfte im Team nicht ersetzen kann.

Sollte die Situation zu lange andauern, wird über eine Gebührenreduzierung nachgedacht. Ziel ist es, so schnell wieder zu dem Standard zu kommen, den man bisher hatte.

RM Stadler betr. kleine Anfragen § 19 Geschäftsordnung

1. Wie kann in Zukunft sichergestellt werden, dass kleine Anfragen entsprechend der Geschäftsordnung beantwortet werden und nicht erst nach Monaten?

Antwort:

Es wird sich in der Regel daran gehalten, dass die 14 Tage Beantwortungsfrist eingehalten wird.

In dem konkreten Fall wurde erklärt, dass durch einen personellen Engpass, diese Anfragen nicht in der vorgeschriebenen Zeit beantwortet werden konnten.

2. Die Fragen die jetzt beantwortet wurden, sind teilweise nicht bzw. falsch beantwortet worden. Muss jetzt wieder eine kleine Anfrage gestellt werden oder reicht das über diese Anfrage?

Antwort:

Es kann mit dem Bürgermeister oder dem zuständigen Beigeordneten geregelt werden, wenn man der Auffassung ist, dass die Anfragen nicht korrekt beantwortet wurden.

RM Marx betr. umfangreiche Erdarbeiten zwischen der Bornheimer Straße und dem Herseler See.

Ist der Stadt bekannt, was dort gemacht wird?

Antwort:

Die Angelegenheit wird geprüft.

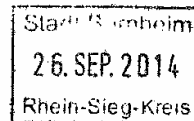
Ende der Sitzung: 20.48 Uhr

gez. Wolfgang Henseler
Bürgermeister

gez. Petra Altaner
Schriftführung

Anlage zu TOP 2

Dipl. Ing. Birgit Elsner
Königstr. 56
53332 Bornheim



B. Elsner, Königstr. 56, 53332 Bornheim

Herrn Bürgermeister
Wolfgang Henseler
Rathausstraße 2
53332 Bornheim

Bornheim, 26.09.2014

**Einwohnerfragestunde gemäß § 20 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bornheim
in der Sitzung des Rates der Stadt Bornheim am 02.10.2014**

Sehr geehrter Herr Henseler,

In der Einwohnerfragestunde der Sitzung des Rates am 11.09.2014 hatte ich Fragen zum Thema "Straßenausbau Königstraße" gemäß meinem Schreiben vom 23.08.2014 gestellt.

Ihre Antwort in der Sitzung am 11.09.2014 und auch die nachfolgende schriftliche Beantwortung meiner Frage gehen leider an meiner Fragestellung vollkommen vorbei.

Die von meiner schriftlich gestellten Frage nicht im Zusammenhang stehende Antwort in der Sitzung am 11.09.2014 hat mich etwas irritiert und daher habe ich nicht direkt nachgefragt.

In Ihrer schriftlichen Beantwortung vom 22.09.2014 beziehen Sie sich auf die Vorlage 551/2014-9 für die Sitzung des Rates am 02.10.2014, die erst jetzt im Ratsinfoportal einsehbar ist. Dieser Zusammenhang erschließt sich mir nicht und diese Vorlage führt auch nicht zur Beantwortung meiner Frage vom 23.08.2014.

Nach den in der Veranstaltung des Gewerbevereins am 24.09.2014 vorgetragenen Gutachten eines vereidigten Sachverständigen und der rechtlichen Beurteilung der Kanzlei Redeker-Sellner-Dahs, bestehen wohl erhebliche Zweifel an den Aussagen in der Vorlage 551/2014-9 nebst Anlagen.

Meine Frage war einzig und allein, die Angabe des prozentualen Kostenanteiles für den Straßenbau am Gesamtauftrag der Firma Strabag für den 195 m langen Straßenabschnitt zwischen den Kreisverkehrsätzen Secundastraße und Pohlhausenstraße.

Dabei sollten die Kosten für die Erneuerung der Kanalhausanschlüsse, die von den Grundstückseigentümern getragen werden, nicht in die Kostenmasse eingehen.

Aus den vorgenannten Gründen bitte ich nochmals um Beantwortung meiner Frage in der Einwohnerfragestunde in der Sitzung des Rates am 02.10.2014.

Zusätzlich zu den Antworten in der Sitzung bitte ich um schriftliche Beantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Antwort:

Etwa 41 % des Gesamtauftrags Straßenbau entfallen auf den Teilabschnitt der Königstraße zwischen Secundastraße und Pohlhausenstraße.

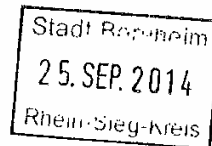
Detlef Brenner
Kartäuserstr. 43
53332 Bornheim

25.09.2014

(Eine Unkenntlichmachung der personenbezogenen Daten des Fragestellers ist nicht erforderlich)

Detlef Brenner * Kartäuserstr. 43 * 53332 Bornheim

Herrn Vorsitzenden des
Rates der Stadt Bornheim
Bürgermeister Wolfgang Henseler
Rathausstraße 2



53332 Bornheim

Einwohnerfragestunde zu Beginn der nächsten Ratssitzung am 02.10.2014
Anzahl von Haushalten in der Stadt Bornheim

Sehr geehrte Herr Bürgermeister,

gemäß § 20 Abs. 1 der GschO des Rates der Stadt Bornheim bitte ich um Beantwortung folgender Frage:

Wie hoch ist die Anzahl der Haushalte in der Stadt Bornheim insgesamt und wie viele entfallen davon auf die sogenannte „Durchschnittsfamilie“ mit einem Vier-Personen-Haushalt?

Gemäß § 20 Abs. 3 Satz 2 der GeschO bitte ich auch um eine schriftliche Beantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to read "Detlef Brenner".

Antwort:

Die Anzahl der Haushalte im Gebiet der Stadt Bornheim sind aus dem Melderegister nicht zu ermitteln, da beispielsweise nichteheliche Lebensgemeinschaften nicht als Haushalt erfasst und ausgewertet werden können.

Zum 09. Mai 2011 wurden im Rahmen des Zensus 19.538 Haushalte im Gebiet der Stadt Bornheim ermittelt. Hiervon entfielen 2.588 auf Vier-Personen-Haushalte. Bei der Auswertung der Zensusergebnisse ist zu beachten, dass der Zensus nicht als reine Volkszählung, sondern als statistische Hochrechnung aufgrund von erfasst Stichproben durchgeführt wurde.

Zusatzfrage:

Ist der Stadt der durchschnittliche pro Kopf Verbrauch an Wasser bekannt?

Antwort:

Wird schriftlich beantwortet.